

INTERPELLATION von André Müller (FDP, Uitikon), Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen) und Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich)

betreffend RIS 2

Die FDP nimmt den Regierungsratsbeschluss Nr. 1116 - RIS 2 Überprüfung (Ergebnisse und weiteres Vorgehen) zur Kenntnis. Dieser legt dar, dass die Weiterführung der RIS 2-Eigenentwicklung hinsichtlich der technologischen, kostenbezogenen und zeitlichen Risiken keinen vernünftigen und gangbaren Weg darstellt.

Nachdem die Umsetzung der Phase A bereits deutlich mehr als die ursprünglich geplanten Mittel verschlang, musste leider festgestellt werden, dass die Umsetzungsarbeiten der Phase B (JUV-Dienste), die Hochrechnung der Aufwände für die Umsetzung der Phase C (JUV-Institutionen) und die Aufwandschätzung für die Phase D (Generalsekretariat, Gemeindeamt, Staatsarchiv und Fachstellen) nur mit einer teilweise massiven Überschreitung des Budgets hätten abgeschlossen werden können.

Offensichtlich ist es der Verwaltung nicht gelungen, dieses so wichtige IT-Projekt zu einem Ende zu führen, das a) für die Nutzer einen Mehrwert generieren und b) im vorgegebenen Zeit- und Budgetrahmen abgeschlossen werden kann. Es wird nun vorgeschlagen, eine sogenannte Justiz-Fachapplikation als «Standardlösung individualisiert» zu beschaffen.

Angesichts dieser Ausgangslage wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Was sind die Lehren der Verwaltung aus diesem Projekt? Welche Schlussfolgerungen hat die verantwortliche Verwaltung aus dem Scheitern von RIS 2 gezogen?
2. Wie wurde das Projektmanagement und -controlling verändert, damit beim nächsten IT-Grossprojekt nicht wieder mit massiven Kostenüberschreitungen zu rechnen ist?
3. Wird in Zukunft ganz auf die Eigenentwicklung von Individuallösungen verzichtet? Wenn auch in Zukunft Eigenentwicklungen programmiert werden sollen, wie werden die Kunden besser abgeholt, damit diese ein System erhalten, das sie auch wirklich nutzen können, und nicht weiter Prozesse ausserhalb des IT-Systems handhaben müssen?
4. Wie wird in Zukunft eine Test- und Implementierungsphase umgesetzt, damit die Kunden ein System ohne Kinderkrankheiten benutzen können?
5. Wie müssen nach Ansicht des Regierungsrates die verschiedenen Kommissionen, hier Finanzkommission, Geschäftsprüfungskommission und Justizkommission, anders informiert werden, damit diese ihre offensichtlich dringend nötige Aufsichtsaufgabe über die Verwaltung besser wahrnehmen können?
6. Wo kann die Verwaltung sparen, um die zusätzlichen Kosten für die Ersatzbeschaffung von RIS 2 zu finanzieren?

André Müller
Hans-Peter Brunner
Sonja Rueff-Frenkel

B. Balmer
M. Farner
C. Hänni
M. Romer

A. Berger
A. B. Franzen
A. Jäger
D. Schwab

M. Biber
B. Frey
P. Koller
Ch. Schucan

H. J. Boesch
A. Gantner
J. Kündig
T. Vogel

M. Bourgeois
A. Geistlich
Ch. Müller
S. Wettstein